

# Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

## Der „Klassenkampf“ bleibt verboten!

Soeben erhalten wir nachstehende Verfügungen von der 4. Division des Wehrkreis-Kommandos IV in Dresden durch die hallische Polizeibehörde überreicht. **Ohne Angabe einer Frist bleibt der „Klassenkampf“ bis auf weiteres verboten.** Leser! Unsere Trägerinnen kassieren jetzt den längst fälligen Abonnementsbetrag ein. **Nur eine sofortige Zahlung kann unsere Schlagkraft erhalten.** Es geht ums Ganze, steht zu Eurem „Klassenkampf“!

Der Polizei-Präsident  
J. Nr. A. 36/23.

Halle a. d. S., den 29. Oktober 1923.

In der Anlage übersende ich Abschrift einer Verfügung der 4. Division des Wehrkreis-Kommandos IV in Dresden, vom 29. Oktober 1923, wonach die Herstellung und der Vertrieb der „Tribüne“ und des „Klassenkampf“ erneut bis auf weiteres verboten ist.

An den  
Verlag und die Redaktion  
des „Klassenkampf“  
hier.

gez.: Runge.

Beglaubigt:  
Dubiel, Polizei-Assistent.

Abschrift.  
Ib. 4195.

Magdeburg, den 29. Oktober 1923.

An

den Herrn Polizei-Präsidenten

in

Halle a. d. S.

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung wird Herstellung und Vertrieb des „Klassenkampf“ und der „Tribüne“ hierdurch bis auf weiteres erneut verboten. Das Verbot ist sofort durchzuführen. Bereits gedruckte Exemplare sind sofort zu beschlagnahmen. Die Druckerei ist durch Polizei zu besetzen.

Unterschrift:  
4. Division.

Beglaubigt:  
Dubiel, Polizei-Assistent.







# Rumpf

## für das mitteldeutsche Proletariat

# Stresemanns Staatsstreich gegen Sachsen!

### Ein Ultimatum an Sachsen

Berlin, 27. Oktober.

Das Ultimatum an Sachsen ist ein Akt der Verdrängung der sächsischen Regierung durch die Reichsregierung. Die Reichsregierung hat die sächsische Regierung aufgefordert, sofort zurückzutreten, weil die kommunalistischen Mitglieder der sächsischen Regierung zu Gewalttätigkeiten aufgefordert. Weiterhin wird die Reichsregierung die nötigen Maßnahmen ergreifen. Stresemann erklärt, daß die sächsische Regierung vorläufig nicht als eine Landesregierung anerkannt werden könne. Jeglicher soll sofort zurücktreten und im Laufe des Sonntags Antwort geben. Wenn die Antwort nicht zufriedenstellend ist, wird die Reichsregierung die nötigen Maßnahmen treffen.

### Höllisches Ergehen an Rahr-Bayern

Berlin, 27. Oktober.

In Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gliedern der Länder gefassten Entschlüsse hat die Reichsregierung an die sächsische Landesregierung das Ergehen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im hiesigen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wiederherzustellen.

### Die Weiße Nordbestie wütet in Freiberg

24 Tote, 40 Verwundete

Freiberg, S., 27. Oktober.

Hier ist seit gestern Generalstreik. Heute herrscht auf den Straßen harte Arbeit, teils der Streikenden, teils der Landbesitzer, die am Sonntag nach der Nacht gekommen war, um ihre Einkünfte zu erlösen. Die Streikenden haben durch die Straßen, eines nach dem anderen, wo sie große Massen hatten. Was noch nicht festgestellten Ursachen — angeblich soll ein Soldat getötet sein — eskalierte die Reichswehr, unter der sich zahlreiche u. u. eingeleitete Befehle, ein Aufbruchsbefehl, wodurch die Personen getötet und 40 verwundet wurden. Drei Minuten später, als die Sanität ihr Amt vollzogen, zehn Minuten später, wobei 8 Tote auf dem Platz blieben.

Heute, Montagmorgen, wird aus Freiberg berichtet, daß die Schizophrenen noch andauern. Das Wüten der Reichswehr ist selbst den jähmühtigen „Korridor“ zu toll. Zum Verständnis der Freiberger Vorgänge veröffentlichen wir in seiner Sonntagsausgabe einen an den Reichstagen Bericht, der vom 18. Oktober datiert ist, in dem es heißt:

Kommen Sie mal herüber nach Freiberg, der Stadt des Johannes Rügenmühl! Über das Wüten gegen Rügenmühl (Red. d. R.), dessen vom Ruder der Reichswehr betriebener Betrieb der Sammelplatz aller Potentatzen ist! Und herübergen Sie mal unsere Genossen, die seit Montag die bekannten Freiberger Führer der Nationalsozialisten, ferner viele Studenten als Reichswehr-Daten heruntur! Ich! Diese Herzen als „Schäfer“ der Republik in der Reichswehr, des Herrn Geheiß! Ist das nicht zum Heulen!!!

Weiter schreibt der „Korridor“ über die verlorene Seite, die in der sächsischen Presse gegen die sächsische Arbeiterkraft betrieben wird, an einer anderen Stelle:

Die Schmarotzereien über angebliche Gräueltaten, die in einzelnen sächsischen Orten vorgekommen sein sollten, sind so oft wiederholt worden, bis schließlich auch die Reichsregierung an sie geglaubt hat. Demokratische sächsische Arbeiter haben gegen diesen Unfug aufs scharfste Stellung genommen — nur der sozialistischen Presse ganz abgesehen —, trotzdem wurde er weiter verbreitet, bis jetzt durch Schreiben des Reichsstaats an den sächsischen Ministerpräsidenten der offene Konflikt herbeigeführt wird.

Gerade jetzt aber gewinnt der Telegramm wieder an Aktualität, das vor einigen Tagen der Vorstand der demokratischen Partei in Jizidau an den Reichspräsidenten, den Reichsstaatsminister und die demokratische Reichsstaatsfraktion gerichtet hat. In diesem Telegramm heißt es:

Die unverantwortliche Pressefreiheit gegen das Verhalten weiter Kreise der sächsischen württembergischen Bevölkerung erfordert dringend eine abwehrende Stellungnahme der Partei. Während die an vielen Orten des Reiches vorgekommenen blutigen Straßkrawalle die Presse nur kurz registriert werden, sind die sächsischen Krawalle, die weit weniger schwere Art sind, offenbar nicht vollständig aufgeklärt und entwirrt berichtet worden, zum großen Schaden der sächsischen Wirtschaft und Lebensmittelforschung.

Der Vorstand der demokratischen Partei Jizidau.

Städt. Rat, Freiberg, Vorherrscher.

Man hat nicht gehört, was die demokratische Fraktion, noch weniger der Reichsstaatsminister in diesem Telegramm gesagt hat und was beide unternommen hätten, um den Schwirbel die Spitze abzugeben. Die Reichswehr und ihre „Aufklärung“, die nach Sachsen geschickt sind, glauben verpflichtet zu sein, dort auf ihre Weise eine „Ordnung“ herzustellen, nachdem man ihnen einmündet hat, daß Sachsen „hoffentlich“ sei. Demnach ist es, daß Stresemann diejenigen bürgerlichen Kreise, die vor dem systematischen Schwindel gewarnt haben, leben bis jetzt gerade so wie die Arbeiterkraft aller Richtungen einer Behandlung ausgesetzt, die nahezu an das Verhalten von Kriegskriegern in einem Feldlager erinnert. Die Opfer, die jetzt wieder in Freiberg gefallen sind, kommen auch auf das Konto der bürgerlichen Schwindelbureaus, die seit Monaten die Presse gegen das sozialistische Sachsen in Szene gesetzt haben, und derjenigen, die willkürlich dem Schwindel ihre Dürftigkeit zuweisen. Diese Brandmarkung des bürgerlich-nationalsozialistischen Schwindels und seiner Folgen haben jedoch den „Korridor“ nicht abgehalten, in dieselbe Reihe zu hauen, wie die bürgerlich-kapitalistische Presse. Das Doppelgesicht des Schwindels an Bünen der sozialdemokratischen Partei bringt es in seinem Sonntagsteilartikel in einem Atemzuge fertig zu schreiben, daß Stresemann durch die Auffassung der Reichswehr mit sächsischen Verbänden die Gefahr grüßte, die er in Bayern beschwören will und gleichzeitig zu behaupten, es sei falsch zu sagen, daß für die Reichswehr die sächsischen Vorgänge gegen Sachsen kein Anlaß vorliegen.“ Der „Korridor“ ist mit der Reichswehrfraktion gegen Sachsen einverstanden, nur wirft er dem Reichsstaatsminister vor, daß er es laudam gemacht habe. Er hätte keinen Staatsstreich „unter Ver-

zicht auf Drohung und Gewaltanwendung durch Verdrängung mit der Sozialdemokratie Sachsen“ durchzuführen sollen, die für die Führung der Regierungsgeschäfte unentbehrliche Partei des Landes sei.

Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie ist also mit der Regierung der sozialdemokratischen-kommunistischen Arbeiter-Regierung in Sachsen einverstanden. Es legt sich mit für eine Große Koalition auch in Sachsen. Somit ist keine Entscheidung über die Massenmorderei der sächsischen Verbände in der Reichswehr ernde Heudele. Das Zentralorgan der SPD und somit auch der sozialdemokratischen Parteivorstand stehen mit Stresemann in einer Linie. Mit Stresemann zusammen bereitet die SPD der „Weißen Diktatur“ den Weg.

Darum müssen die sozialdemokratischen Arbeiter endlich Schluss machen mit diesen Fäulern. Sie sollen über ihren Kopf hinweg die Einheitsfront mit den Kommunisten schließen und den Kampf schließt zu den nächsten gegen den Staatsstreich Stresemanns und seine Gehilfen, gegen die Regierung für die Arbeiter-Regierung nicht nur in Sachsen, sondern für das ganze Reich!

Proletariat ohne Unterschied der Partei, auf zur osterrömeren Tat!

### Gemeinsamer Aufruf der SPD und KPD zum Abwehrkampf

Chemnitz, 28. Oktober.

Hier war heute Bezirks-Ausführung der SPD und der Bezirkspartei der KPD. Auf dem Bezirksparteitag der KPD wurde die bisherige Bezirksleitung abgesetzt. Es wurde eine neue, aus nur linksstehenden Genossen gewählt. Vom Bezirksausführung der KPD wurde eine Delegation zum Bezirksparteitag der SPD geschickt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis war ein Telegramm an die sächsische Regierung, unter feinen Umständen zurückzugeben, sondern sofort den Generalstreik zu proklamieren und sich an die Spitze des Abwehrkampfes zu stellen. Die Führer der SPD, die Bezirksleitung der SPD und der Bezirksausführung der KPD, stellen sich hinter die Regierung und sind bereit, sie zu unterstützen. Es wurde folgender Aufruf von beiden Körperschaften an die Arbeiterkraft gerichtet:

### An die werttätige Bevölkerung Sachsens und ganz Deutschlands!

Das Maß ist voll. Die Regierung Stresemann hat an die sächsische Regierung ein Ultimatum gerichtet, sofort zurückzutreten, da die Reichsregierung die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkenne. Diefelbe Reichsregierung, die den hochverrat Rahr, die Weizsäcker Hofjoh, ihrer Kapitulation lantieren, magt es, den Bestand der sächsischen Regierung als verfassungswidrig hinzustellen. Die gegenwärtig sozialdemokratisch-kommunistische Regierung ist ganz verfassungsmäßig gewählt worden und besitzt das nach § 17 der Reichsverfassung erforderliche Vertrauen des sächsischen Landtages. Die Behauptung der Regierung, daß die kommunistischen Regierungsmitglieder durch Aufruf zu Gewalttätigkeiten aufgereizt haben, ist eine unverschämte Lüge. In Wirklichkeit erfolgte das Ultimatum der Reichsregierung an Dr. Feigener auf Kommando des Herrn Rahr. Der bairische Generalstaatskommissar erklärte erst vor wenigen Tagen: mit einer Reichsregierung, die einen Zweck weiter ansetzen lasse, nicht handeln. Herr von Rahr zu man nicht, Stresemann gerührt. Das Ultimatum der Reichsregierung, die angeblich gemeinsame Abweisung der verfassungsmäßigen sächsischen Regierung ist ein offener Staatsstreich der inoffiziellen Konterrevolution gegen die sächsische Republik. Dieser Staatsstreich ist das Signal zu Generalangriff der sächsischen sozialdemokratischen Konterrevolution auf die letzten Erzeugnisse des Proletariats. Die Wahlen hungern. Die Unternehmer legen die Betriebe still, um durch Hunger die Arbeitermassen zu zermürben und ihr die letzten kümmerlichen Reste zu rauben. Statt Arbeit und Brot liefert die Reichsregierung den hungernden Proleten und verwesenen Mittelschichten Reichswehr und Heilungen. Arbeiter, Angekettete, Beamte! Die Stunde des entscheidenden Abwehrkampfes hat geschlagen. Ein Zurückweichen darf es nicht mehr geben. Denn ein Zurückweichen würde den vollen Sieg des bairischen Reichsverrates, den sozialistischen Sieg der politischen und wirtschaftlichen Reaktion in Deutschland bedeuten.

Die Bezirksleitung der SPD und der Bezirksausführung der KPD in Chemnitz haben telegraphisch die sächsische Regierung aufgefordert unter keinen Umständen zurückzugeben, sondern den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen, den Generalstreik sofort zu proklamieren und sich an die Spitze des Abwehrkampfes zu stellen.

Arbeiter, Angekettete, Beamte! Es geht um alles. Der konterrevolutionäre Streich muß zurückgeschlagen werden. Er wird zurückgeschlagen werden, wenn das Proletariat entschlossen und geschlossen in den Kampf tritt.

Proletariat Sachsens! Jeder Bereich der Reichsregierung, die verfassungsmäßige sächsische Regierung gewollt zu beseitigen, muß mit der sächsischen Proklamierung des Generalstreiks beantwortet werden. Seid bereit! Folgt dem Rufe Eurer Regierung!

Proletariat ganz Deutschlands! Das sächsische Proletariat nimmt den ihm aufgezwungenen Kampf auf. Sachsens Kampf ist Euer Kampf. Führt Sachsen, dann hat die Konterrevolution im ganzen Reich gestiftet. Dann ist die Arbeiterbewegung auf Jahre hinaus zerfallen. Das darf nicht sein. Auf zum Kampf! Auf zum Sieg!

Die Bezirksleitung der SPD. Der Bezirksausführung der KPD.

Chemnitz. Chemnitz.

### Die sächsische Regierung lehnt entschieden ab

Dresden, 29. Oktober.

Das Ultimatum Stresemanns ist politisch nicht gerechtfertigt und widerspricht rechtlich der Reichsverfassung. Zur Überleitung der sächsischen Regierung ist nach der Verfassung nur der Landtag zuständig. Die Regierung lehnt das Ultimatum ab. Die Minister lehnen am Montag früh ihren Dienst weiter. Stresemann teilt in einem Schreiben mit, daß bei Ablehnung des Ultimatus das Wehrrechtskommando ernannt ist, einen Reichsstaatsminister für die Zivilverwaltung einzulegen. Als Reichsstaatsminister ist der von der sächsischen Regierung abgesetzte Ministerdirektor Dr. Schulze vorgehen. Der Reichspräsident Ebert hat durch eine Verordnung den Reichsstaatsminister ernannt, eine neue sächsische Regierung und ein andere sächsische Behörden einzulegen.

### Eine neue Krise des Kabinetts Stresemann

Berlin, 29. Oktober.

Die „Welt am Montag“ schreibt zu den ultimativen Forderungen: Das Ultimatum, das das Kabinett Stresemann an die sächsische Regierung gerichtet hat, erregt in lokalen Kreisen das größte Aufsehen und eine tiefgehende Empörung. Man weiß auf den Unterschied in der Art hin, wie Sachsen und Bayern behandelt wird und hebt außerdem mit Recht hervor, daß der sächsische Ministerpräsident, mag er sich in der Vergangenheit die eine oder die andere Ungleichheit zuschreiben lassen, gerade in der letzten Zeit trotz Proklamation der Reichswehr außerordentlich belommen vorgegangen und mit Erfolg für die Interessen der Kommunisten entgegengetreten ist. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts haben gegen das Ultimatum gestimmt.

Sonntagvormittag sind mit dem sozialdemokratischen Gelände in Berlin Dr. Gradnauer zwei Mitglieder des sozialdemokratischen Reichstages, Dittmann und Hildebrand, und der Widerbauminister Robert Schmidt nach Dresden gefahren, um sich mit der sozialdemokratischen Regierung auszusprechen.

Welche Folgen der Schritt der Reichsregierung nach sich ziehen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. So viel aber ist zu sagen, daß eine neue Krise des Kabinetts Stresemann eingeleitet hat. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichsstaatsfraktion ist am Dienstagmittag in Berlin einberufen worden und bei der in der Partei herrschenden Stimmung kann kaum mit ihrem Bestehen in der Koalition gerechnet werden.

### Gegen die kommunistische Presse

Halle, 29. Oktober.

Nach einer Verfügung der 4. Division des Wehrkreises IV in Dresden ist das Erscheinen des „Kampfrufes“ und der „Arbeit“ bis auf weiteres erneut verboten. Dem Standesamt wurde davon durch Aufgebot, daß die Anordnung getroffen wurde, die Druckerei polizeilich zu belegen. Wenn General Müller glaubt durch willkürliche Verbote der kommunistischen Zeitungen, die revolutionäre Kasse zu lösen, dann tritt er sich gewaltig selbst an, die eine der Not der Zeit geboren sind, lassen sich nicht durch noch so fuge Anordnungen unterdrücken.

Leipzig, 29. Oktober.

Abgesehen General Müller die Herausgabe der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ für Montag genehmigt hat, erließ Montag früh ein harkes Aufgebot an Schuppsel und besetzte sämtliche Räume der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ um eine Herausgabe der Zeitung zu verhindern.

### Zweiterlei Recht der Ober-Justiz

Hamburg, 29. Oktober.

In Hamburg ist bereits das erste Todesurteil gefällt und andere schwere Justizentscheidungen sind angefallen worden.

Im Rühriner Faszienspaßprozess hat der Haupttroll Buchruder Ehrentraße erbalten, und zwar 10 Jahre Gefängnis. Ein Teil erhielt Gefängnis bis zu 2 Jahren 6 Monaten, wegen Verhältnisse zur Amtsbefugung, ein Teil der Resten wurde sogar freigesprochen. Gegen die Mehrheit der Urteile wurde gar keine Anklage erhoben.

Kraiser als hier kann sich wohl die „Madame Justitia“ als Gott der herrschenden Klasse nicht bloßstellen.

Und im Justizministerium ist als oberster Beamter der Sozialdemokrat Radbra.

### Hilfer-Truppen an der Thüringer Grenze

Jena, 29. Oktober.

Im Rast-Gebiet des Rhön streifen die Arbeiter, da sie für ein Treffen nicht mehr arbeiten wollen.

An der Thüringisch-bairischen Grenze sind Zusammenkünfte von Hilfer-Truppen festgestellt worden. Es befinden sich darunter auch Faschisten, die am Rühriner Pulvis beteiligt waren.

### Der Staatsstreich vollzogen!

Dresden, 29. Oktober.

Das Wehrrechtskommando erläßt folgende Bekanntmachung vom 29. Oktober.

In Ausführung der vollziehenden Gewalt werden ich: Bis zur Einberufung des Landtages durch den Herrn Reichsstaatsminister ernannter Reichsstaatsminister findet ein Zusammenreffen des Landtages nicht statt.

Der Ministerdirektor, Generalstaatsminister Müller.

Mit dem Wehrrechtskommando IV weiter mitteilt, hat der Reichsminister den Minister a. D. Dr. Feigener zum Reichsstaatsminister für Sachsen ernannt.











# Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

## Der „Klassenkampf“ bleibt verboten!

Soeben erhalten wir nachstehende Verfügungen von der 4. Division des Wehrkreis-Kommandos IV in Dresden durch die hallische Polizeibehörde überreicht. **Ohne Angabe einer Frist bleibt der „Klassenkampf“ bis auf weiteres verboten.** Leser! Unsere Trägerinnen kassieren jetzt den längst fälligen Abonnementsbetrag ein. **Nur eine sofortige Zahlung kann unsere Schlagkraft erhalten.** Es geht ums Ganze, steht zu Eurem „Klassenkampf“!

Der Polizei-Präsident  
J. Nr. K. 36/23.

Halle a. d. S., den 29. Oktober 1923.

In der Anlage übersende ich Abschrift einer Verfügung der 4. Division des Wehrkreis-Kommandos IV in Dresden, vom 29. Oktober 1923, wonach die Herstellung und der Vertrieb der „Tribüne“ und des „Klassenkampf“ erneut bis auf weiteres verboten ist.

An den  
Verlag und die Redaktion  
des „Klassenkampf“  
hier.

Abschrift.  
Ib. 4195.



Runge.

Beglaubigt:

Dubiel, Polizei-Assistent.

Magdeburg, den 29. Oktober 1923.

Polizei-Präsidenten

in

Halle a. d. S.

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit wird die Herstellung und Vertrieb des „Klassenkampf“ und der „Tribüne“ hierdurch bis auf weiteres verboten. Der Verbot ist sofort durchzuführen. Bereits gedruckte Exemplare sind sofort zu beschlagnahmen. Die Druckerei ist durch Polizei zu besetzen.

Unterschrift:  
4. Division.

Beglaubigt:

Dubiel, Polizei-Assistent.